

Moldau nach den Wahlen 2014: Quo Vadis?

Seit Februar 2015 wird Moldau von einer Minderheitsregierung aus Liberaldemokraten und Demokraten regiert. Die Kommunistische Partei unterstützt diese Minderheitsregierung, ist aber kein Koalitionspartner. So lieferten die Kommunisten die fehlenden Stimmen zur Bestätigung des neuen Ministerpräsidenten und seines Kabinetts. Zwar wäre dem Wahlergebnis nach eine Fortsetzung der vorangegangenen drei Parteien-Koalition aus Liberaldemokraten, Demokraten und der Liberalen Partei möglich gewesen, allerdings konnten sich die Mitglieder der alten Koalition nicht auf eine Fortsetzung einigen.

Da die neue Regierung auf einer Minderheitskoalition basiert, stellt sich die Frage, ob sie in der Lage sein wird, die notwendigen Reformen durchzuführen. Die Handlungsfähigkeit der Regierung ist insbesondere nach dem „Verschwinden“ von 1 Mrd. USD aus dem Bankensektor relevant, da dringende Maßnahmen zur Stabilisierung der Banken unternommen werden müssten. Zusätzlich fordern sowohl die Bevölkerung als auch die internationalen Partner eine Untersuchung der Ursachen der Probleme im Bankensektor und eine Reform der Bankenaufsicht. Darüber hinaus erwartet die EU erkennbare Fortschritte bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Falls all das nicht geschieht, ist mit einer Reduzierung der internationalen Unterstützung und dadurch mit einer Verschlimmerung der sich abzeichnenden Rezession zu rechnen. Die neue Regierung ist daher gut beraten, sich breite Unterstützung im Parlament für die notwendigen Reformen zu sichern. Nur so kann die wirtschaftliche Lage stabilisiert und das Vertrauen der Bevölkerung und internationaler Partner wieder hergestellt werden.

Resultate der Vorgängerregierung

Für die Vorgängerregierung war 2014 ein Jahr von Erfolgen aber auch von Herausforderungen. Die Visa-freiheit erlaubt den Moldauern seit April 2014 die Einreise in die EU ohne bürokratische Hürden. Die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens hat die EU-Moldau Kooperation auf eine neue Stufe gehoben. Das spiegelt sich auch in der finanziellen Unterstützung durch die EU wieder, die sich für den Zeitraum 2014 – 2017 auf insgesamt 410 Mio. EUR belaufen soll. Gleichzeitig war die alte Regierung mit den Auswirkungen der Ukraine-Krise und wirtschaftlichem Druck aus Russland konfrontiert.

Wahlkampf und Wahlversprechen

Der Wahlkampf war hauptsächlich von außenpolitischen Themen geprägt. Liberaldemokraten, Demokra-

ten und die Liberale Partei, also die Mitglieder der alten Koalition, führten eine pro-europäische Kampagne und versprachen „Unumkehrbarkeit“ der europäischen Orientierung. Währenddessen warben die Sozialisten für „brüderliche“ Beziehungen mit Russland und propagierten den Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion. Die neu gegründete Partei „Patria“ unter Renato Usatî, einem Geschäftsmann mit Verbindungen zu Russland, gewann mit populistischer Anti-Regierungs-Rhetorik schnell an Beliebtheit.

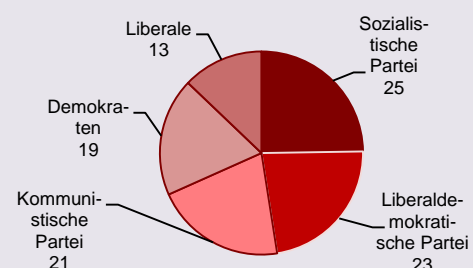
Die Wahlen

Die OSZE-Beobachtermission beschrieb den Wahlablauf als weitestgehend fair und frei. Jedoch gab es zwei Vorfälle, bei denen Staatsorgane genutzt wurden, um Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen. Erstens wurde die Partei „Patria“ wenige Tage vor dem Wahltag von den Wahlen ausgeschlossen. Die Zentrale Wahlkommission begründete ihre Entscheidung mit der Behauptung, „Patria“ hätte finanzielle Unterstützung aus dem Ausland (implizit Russland) erhalten. Zweitens versäumten die Staatsorgane die sogenannte Kommunistische Reformpartei von der Wahl auszuschließen. Die Partei verwendete ein Logo, das der wirklichen Kommunistischen Partei täuschend ähnlich war, um so Wählerstimmen abzufischen. Auf diesen Weg erhielten die Reformkommunisten mehr als 5% der Stimmen. Zu wenig für einen Einzug ins Parlament aber genug, um die Stimmen für die richtige Kommunistische Partei deutlich zu reduzieren.

Das Wahlergebnis

Im Ergebnis erhielten die Liberaldemokraten (LPDM) 20,2% (23 Sitze), die Demokraten (PDM) 15,2% (19) und die Liberalen (PL) 9,7% (13) der Stimmen. Somit konnten die „pro-europäischen Parteien“ 45% der Stimmen – umgerechnet 55 Sitze der 101 Sitze im Parlament – erzielen. Damit hatten sie einen knappen Vorsprung gegenüber den Parteien, die engere Beziehungen zu Russland unterstützen.

Wahlergebnisse (Sitze im Parlament)



Quelle: Zentrale Wahlkommission

Die Gewinner der Wahlen war jedoch die Sozialistische Partei (PSRM) mit 20,5% (25 Sitze) der Stimmen. Die Kommunistische Partei (PCRM) erreichte nur 21 Sitze (verglichen mit noch 42 Sitzen in 2010).

Trotz des Rückgangs der Wählerstimmen für die „pro-europäischen“ Parteien von sieben Prozentpunkten (verglichen mit 52% der Wählerstimmen in 2010), wäre eine neue pro-europäische Mehrheitskoalition möglich gewesen.

Von der Mehrheits- zur Minderheitsregierung

Trotz langer Koalitionsverhandlungen und Vermittlung von außen kam die alte Koalition aus Liberaldemokraten, Demokraten und der Liberalen Partei nicht erneut zustande. Stattdessen formten die Liberaldemokraten und Demokraten am 23. Januar eine Minderheitsregierung ohne die Liberale Partei. Wenige Tage später wurde Iurie Leanca für das Amt des Ministerpräsidenten – wie auch im Wahlkampf angekündigt – nominiert. Für dessen Bestätigung durch das Parlament wurde jedoch die erforderliche Mehrheit verfehlt. Nach kurzen Verhandlungen gab es einen zweiten Anlauf mit Chiril Gaburici als neuen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten. Die Regierung unter Premier Gaburici – zuvor Geschäftsführer eines Mobilfunkbetreibers und ohne nennenswerte politische Erfahrung – wurde mit Hilfe der Stimmen der Kommunistischen Partei im Amt bestätigt.

Was ist von der neuen Regierung zu erwarten?

Die Handlungsfähigkeit der neuen Minderheitsregierung kann als eher gering eingeschätzt werden. So kann die Kommunistische Partei – auf deren Stimmen die Regierung angewiesen ist, die aber nicht Teil der Koalition ist – bedeutende Reformen blockieren. Beispielhaft hier war die verspätete Verabschiedung des Haushalts, der letztendlich nur mittels Vertrauensfrage verabschiedet werden konnte. Eine ähnliche Herausforderung wird die Implementierung des Assoziierungsabkommens darstellen, obwohl hier einige Fortschritte gemacht wurden. Hinzu kommt die Notwendigkeit die Bankenkrise einzudämmen, deren Verursacher zu finden und die Bankenaufsicht zu reformieren. Zusammen mit einer Justizreform sind das die Bedingungen der internationalen Partner (insbesondere der EU), um die finanzielle und technische Unterstützung auf dem bisherigen Niveau fortzusetzen.

Ein möglicher Rückgang der Unterstützung der internationalen Geber und die Kosten der Bankenkrise konfrontieren die Regierung mit einer prekären Haushaltslage. Vor diesem Hintergrund hat Moldau ein neues IWF-Programm beantragt; dessen Bewilligung wird aber an sehr strikte Bedingungen („prior actions“) – bspw. die genannte Reform des Bankensektors –

gebunden sein. Ohne eine solche Einigung mit dem IWF sind tiefe Einschnitte bei den Staatsausgaben und damit eine Verstärkung der wirtschaftlichen Abschwächung zu befürchten.

Fazit

Die Implementierung des Assoziierungsabkommens, Stabilisierung der Banken, Aufklärung und das Wiederauffinden der verschwundenen Vermögen sollten höchste Priorität für die neue Regierung haben. Werden hier keine Fortschritte erzielt, wird Moldau zusätzlich zur aufkommenden Wirtschaftskrise auch mit einem Rückgang der internationalen Finanzhilfe konfrontiert sein. Zudem könnten die Lokalwahlen am 14. Juni zu einer Verschiebung der Macht zu den Sozialisten – Hauptverfechter einer Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion – auf Kommunalebene führen. Die neue Regierung sollte daher prioritär versuchen, einen breiten Konsens im Parlament für die Unterstützung der notwendigen Reformen anzustreben. Nur so kann der wirtschaftliche Abschwung aufgehalten und das Vertrauen der internationalen Partner und der Bevölkerung wiederhergestellt werden.

Autoren

Iulian Groza, iuliangroza@gmail.com
Dr. Dr. Martin Sieg, martin.sieg@eisa-online.eu

Hinweis: Der Text gibt die Meinung der Autoren wieder, die nicht notwendigerweise mit der Einschätzung des German Economic Team übereinstimmen muss.

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

GET Moldau führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Jörg Radeke

Impressum

German Economic Team Moldau
c/o Berlin Economics
Schillerstraße 59
D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-moldau.de
www.get-moldau.de